Rechtssache 311/85

**VZW Vereniging van Vlaamse Reisbureaus
gegen
VZW Sociale Dienst van de Plaatselijke
en Gewestelijke Overheidsdiensten**

(Ersuchen um Vorabentscheidung,
vorgelegt von der Rechtbank van Koophandel Brüssel)

„Reisevermittler — Gesetzliches Verbot,
Rabatte zu gewähren“

Sitzungsbericht	3802
Schlußanträge des Generalsanwalts Carl Otto Lenz vom 16. Dezember 1986	3810
Urteil des Gerichtshofes vom 1. Oktober 1987	3821

Leitsätze des Urteils

- 1. Wettbewerb — Gemeinschaftsrechtliche Vorschriften — Verpflichtungen der Mitgliedstaaten (EWG-Vertrag, Artikel 85 und 86)*
- 2. Wettbewerb — Gemeinschaftsrechtliche Vorschriften — Verpflichtungen der Mitgliedstaaten — Rechtsvorschrift, nach der die Reisevermittler verpflichtet sind, die von den Reiseveranstaltern vorgeschriebenen Tarife einzuhalten — Unvereinbarkeit (EWG-Vertrag, Artikel 3 Buchstabe f, 5 und 85)*
- 3. Freier Warenverkehr — Bestimmungen des Vertrages — Anwendungsbereich — Reisen — Ausschluß (EWG-Vertrag, Artikel 30 und 34)*

1. Die Artikel 85 und 86 EWG-Vertrag betreffen zwar das Verhalten von Unternehmen und nicht Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten, gleichwohl begründet

der EWG-Vertrag aber auch für letztere die Verpflichtung, keine Maßnahmen zu treffen oder beizubehalten, die die praktische Wirksamkeit dieser Bestimmungen

ausschalten könnten. Ein solcher Fall ist insbesondere dann gegeben, wenn ein Mitgliedstaat Artikel 85 zuwiderlaufende Kartellabsprachen vorschreibt oder erleichtert oder deren Auswirkungen verstärkt.

2. Verpflichtet ein Mitgliedstaat die Reisevermittler durch eine Rechtsvorschrift, die von den Reiseveranstaltern vorgeschriebenen Reisepreise und -tarife einzuhalten, und untersagt er diesen Reisevermittlern, die für den Verkauf der Reisen eingenommenen Provisionen mit den Kunden zu teilen oder diesen Preisnachlässe zu gewähren, und sieht er solche

Verhaltensweisen als Handlungen des unlauteren Wettbewerbs an, so ist dies mit den Verpflichtungen der Mitgliedstaaten aus Artikel 5 EWG-Vertrag in Verbindung mit den Artikeln 3 Buchstabe f und 85 EWG-Vertrag unvereinbar, wenn die betreffende nationale Vorschrift bezweckt oder bewirkt, die Auswirkungen der gegen Artikel 85 EWG-Vertrag verstoßenden Kartellabsprachen zu verstärken.

3. Da Reisen Dienstleistungen und keine Waren sind, sind die Bestimmungen des Vertrages über den freien Warenverkehr auf sie nicht anwendbar.

SITZUNGSBERICHT

in der Rechtssache 311/85 *

I — Sachverhalt und Verfahren

Der stellvertretende Präsident der Rechtsbank van Koophandel (Gericht für Handelsachen) Brüssel hat mit Beschluß vom 12. Juli 1984, beim Gerichtshof eingegangen am 15. Oktober 1985, gemäß Artikel 177 EWG-Vertrag drei Fragen nach der Auslegung der Artikel 30, 34 und 85 Absatz 1 EWG-Vertrag zur Vorabentscheidung vorgelegt.

Diese Fragen stellen sich in einem Rechtsstreit zwischen der VZW Vereniging van Vlaamse Reisbureaus (Verband flämischer Reisebüros, nachstehend: VVR), Zedelgem, und dem VZW Sociale Dienst van de Plaatselijke en Gewestelijke Overheidsdiensten

(Sozialdienst des kommunalen und regionalen öffentlichen Dienstes, nachstehend: Sociale Dienst), Brüssel, wegen Verstoßes des letzteren gegen den Pflichtenkatalog für Reisevermittler, wie er in Artikel 22 Absatz 1 b und Absätze 3 e und f der Königlichen Verordnung vom 30. Juni 1966 (*Belgisch Staatsblad* vom 27. 7. 1966) festgelegt worden ist.

Die Tätigkeit der Reiseunternehmen wird in Belgien durch das Gesetz vom 21. April 1965 (*Belgisch Staatsblad* vom 10. 6. 1965) geregelt. Nach Artikel 1 Absatz 1 dieses Gesetzes ist zur Ausübung einer solchen Tätigkeit eine behördliche Genehmigung erforderlich. Es gibt drei unterschiedliche Arten der Genehmigung.

* Verfahrenssprache: Niederländisch.